

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen.

Postkontonr.: Dresden 1530
Circuln. Nr. 52.

Nr. 20.

Sonnabend, 24. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blägen wird nicht übernommen. Grundpreis für 6 Zeilen 1. und 2. Klasse 100 Pfennig, 3. Klasse 80 Pfennig, 4. Klasse 60 Pfennig, 5. Klasse 40 Pfennig, 6. Klasse 20 Pfennig, 7. Klasse 10 Pfennig, 8. Klasse 5 Pfennig, 9. Klasse 3 Pfennig, 10. Klasse 2 Pfennig, 11. Klasse 1 Pfennig, 12. Klasse 1 Pfennig, 13. Klasse 1 Pfennig, 14. Klasse 1 Pfennig, 15. Klasse 1 Pfennig, 16. Klasse 1 Pfennig, 17. Klasse 1 Pfennig, 18. Klasse 1 Pfennig, 19. Klasse 1 Pfennig, 20. Klasse 1 Pfennig. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten - hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Reichstag vertagt sich.

Berlin, den 23. Januar.

Die Volkvertreter am Königsplatz sind müde geworden. Sitzungsmüde und ferientrob! Es hatte anscheinend große Anstrengungen gekostet, das neue Kabinett des Herrn Dr. Luther glücklich unter Dach und Fach zu bringen. Man merkte es heute. Gestern Abend hatte die Abstimmung über das Vertrauensvotum noch einmal alle in Berlin anwesenden Abgeordneten in den Saal hineingezogen, aber heute war es nicht schwierig, in jedem Augenblick die Köpfe der einzelnen Abgeordneten zu zählen, erst recht nicht schwierig, die wenigen herauszufinden, die anscheinend aus Parteipolitischen ihrem Parteiführer Aufmerksamkeit schenken. Um 1 Uhr, als Präsident Loebe seine Rede zur Eröffnung der Sitzung anwesend, das selbst an den trockensten Sitzungstagen immer noch hier die angenehmste Gelegenheit findet, den Abend zu erwarten. Auch die Minister hatten anscheinend alle keine Zeit, den Auseinandersetzungen der kaum verständlichen Diskussionsredner zuzuhören. Die Blätter waren den ganzen Nachmittag über unbesetzt. Man wartete nur darauf, ob der Reichstag trotz der Debatte, die gegen 5 Uhr über die Vertagung einsetzte, nun doch in Ferien gehen würde oder ob er den Abgeordneten des Volkes noch einige Tage Zeit für ihre freie Meinungsäußerung schenken will. Was heute im Hause vorgebracht wurde, war tatsächlich kaum mehr von Bedeutung. Der erste Entwurf über ein deutsch-spanisches Handelsabkommen war glänzend erledigt, als gegen den Aufruf der Deutschen Volkspartei auf Nichtablehnung der männlichen und weiblichen Erwerbslosen-Unterstützungssätze, eine lebhafte, zuweilen recht temperamentvolle Debatte einsetzte. Endlich - 5 1/2 Uhr - verkündete dann der Präsident, daß das Haus sich bis zum 2. Februar vertagen wird.

Deutscher Reichstag.

23. Berlin, 23. Januar.

(Fortsetzung des gestrigen Berichts.)

Es folgt die erste Beratung des

Handelsabkommens mit Spanien.

Verbunden damit wird ein deutschvolksparteilicher Antrag auf Einsetzung eines besonderen handelspolitischen Ausschusses. Abg. Weidenhöfer (Nat.-Soz.) lehnt den Vorschlag ab. Die Verträge der Winger würden durch den Vertrag schwer geschädigt.

Der deutschvolksparteiliche Antrag auf Einsetzung eines besonderen handelspolitischen Ausschusses wird angenommen. Derselbe Ausschuss wird zugleich der deutsch-spanische Handelsvertrag überwiesen.

Der sofortigen Erledigung der Anträge auf

Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge

im allgemeinen wird vom Abg. Dr. Moldenhauer (DVP.) widersprochen, nachdem Ministerialdirektor Zweigert erklärt hatte, daß die Regierung in der Lage sei, die Erhöhung auf Grund der bestehenden Verordnung durchzuführen, auch ohne daß der Reichstag heute einen Beschluß fasse.

Zur Verhandlung gestellt wird jedoch der Antrag des Sozialen Ausschusses, die Fürsorge für erwerbslose Seelen auch auf die in der Hochseiferei, soweit sie nicht offenbar als Saisonarbeit zu betrachten ist, beschäftigten Seelen schnell auszudehnen.

Auf Wunsch verschiedener Parteien lehnt Abg. Dr. Moldenhauer (DVP.) schließlich seinen Einspruch gegen die allgemeine Behandlung der Erhöhung der Erwerbslosen ab. Nach dem Wunsch des Ausschusses fällt die Spanne der Unterstützungsätze zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen weg.

Es entspringt sich eine ausgedehnte Auseinandersetzung, in deren Verlauf Abg. Köllin (Komm.) einen Ordnungsbruch erhält, weil er einem anderen Abgeordneten Größenwahn vorwarf.

Ministerialdirektor Zweigert stellte nochmals fest, daß die Regierung bereit sei, die Unterstützungsätze für die Erwerbslosen vom 1. Februar ab zu erhöhen. Bedenken bestehen nur gegen die Gleichstellung der Sätze für Männer und Frauen. Diese Gleichstellung kann zur Folge haben, daß die Erwerbslosenunterstützung bei Frauen höher ist als bei Männern. Das sei nicht Aufgabe der Erwerbslosenfürsorge. Schließlich werden die Anträge des Ausschusses einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Abg. Dietmann (Soz.) erhebt Einspruch gegen die beschlossene Vertagung auf mehrere Tage. Der Reichstag dürfte jetzt nicht auseinandergehen, nachdem er endlich einmal eine Regierung habe. (Lärm rechts: Die Regierung muß doch endlich arbeiten können.)

Abg. Schulz-Bromberg (DVP.) hält eine Pause für erforderlich.

Abg. Lehmann (DVP.) betont die Notwendigkeit, im Hausbaltausch zur Statistatung genügend Zeit durch Verzicht auf Vollzählungen zu haben. Der Redner beantragt, die nächste Vollzählung am 3. Februar abzuhalten.

Abg. Reich (Wagner, Volksp.) erklärt, es sei ganz richtig, daß das deutsche Volk vom Reichstag Arbeit verlange. Es sei aber zweifelhaft, ob diese Arbeit nur in Reden bestehen solle. (Vorb. Weisau.)

Der Reichstag beschließt darauf, die nächste Sitzung am Dienstag, den 3. Februar abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht eine kommunistische Interpellation über die Fürsorgepflicht sowie einzelne Haushaltspläne. Schluß 10 Uhr.

Rücktritt des preußischen Kabinetts.

Berlin. Wie der Amtliche Preussische Presseblatt mitteilt, hat der Preussische Ministerpräsident Brauns im Laufe des gestrigen Abends an den Präsidenten des Landtags folgendes Schreiben gerichtet:

„Ich beehre mich, ergebenst mitzuteilen, daß das Kabinett heute beschlossen hat, in seiner Gesamtheit zurückzutreten.“

Wenn auch das Ergebnis der heutigen Abstimmungen des Landtags das Kabinett verfassungsrechtlich nicht zwingt zurückzutreten, hat es gleichwohl den Rücktritt beschlossen, da die Haltung der Parteien ein ersprießliches Arbeiten für das Wohl des Landes nicht mehr gewährleistet.“

gez. Brauns.

Preussischer Landtag.

Berlin. Im Preussischen Landtag wurde gestern wie wir bereits berichteten, abgestimmt über einen deutsch-nationalen Antrag, dem Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Kultusminister das Vertrauen zu entziehen. Abgegeben wurden bei der Abstimmung 137 Stimmen. Davon stimmten mit Ja 220, mit Nein 217. Das Ergebnis wird von den Parteien, die mit Ja gestimmt haben, mit fürstlichen Beifallstundungen ausgenommen. Der Präsident erklärte hierauf, daß zur geschäftsordnungsmäßigen Mehrheit die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, also 225 gehören; er stellte fest, daß diese Stimmenzahl nicht erreicht worden sei.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Entziehung des Vertrauens gegenüber Brauns als Finanzminister. Die Abstimmung hat das Ergebnis, daß 21 Stimmen mit Ja u. 218 Stimmen mit Nein abgegeben werden. Der Präsident trifft dieselbe Feststellung wie bei der vorigen Abstimmung, daß auch hier nicht die geschäftsmäßige Mehrheit der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erreicht sei.

Für den deutsch-nationalen Antrag, dem Ministerpräsidenten Brauns, dem Innenminister Severing und dem Handelsminister Siering das Vertrauen zu entziehen, stimmten 221, dagegen 218 Abgeordnete. Auch hier ist also nicht die geschäftsordnungsmäßige Mehrheit erreicht.

Vor der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Nationalsozialisten, der dem Ministerpräsidenten und den übrigen Ministern das Vertrauen auszusprechen will, erklärt Abgeordneter Grzesinski (Soz.), daß der Antrag unwahrscheinlich sei und daß deshalb das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten sich nicht an der Abstimmung beteiligen würden. Das Resultat der Abstimmung ist, daß nur 228 Stimmentel abgegeben worden sind, der Landtag also beschlußunfähig ist.

Die Mehrheit der neuen Reichsregierung.

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, Januar 1925.

In den politischen Kreisen sind lebhafteste Erörterungen darüber im Gange, ob die parlamentarische Mehrheit der neuen Reichsregierung ausreichend genug ist, um das Schicksal des Kabinetts Luther vollkommen sicherzustellen. Wenn man die 30 Stimmenenthaltungen vollkommen außer acht läßt, so hat die Billigungsformel 86 Stimmen gegenüber den 160 oppositionellen Stimmen erhalten. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß 47 Abgeordnete bei der Abstimmung gefehlt haben. Es handelt sich dabei um drei Deutsch-Nationale, einen Deutschvolksparteiler und einen der Wirtschaftspartei. Von den Sozialdemokraten fehlten neun, von den Kommunisten neun, von den Nationalsozialisten fünf, vom Zentrum 14 und von den Demokraten fünf. Unter diesen fehlenden Abgeordneten würden die fünf Mitglieder der Regierung nahestehenden Parteien für das Billigungs-votum gestimmt haben, während auf der anderen Seite fehlte, daß die fehlenden Mitglieder des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Kommunisten und der Demokraten gegen die Regierung votiert haben würden, wenn die obwaltende Rücksichtnahme in Wegfall gekommen wäre. Daraus geht hervor, daß noch mindestens 87 Stimmen den Gegnern des Kabinetts zugerechnet werden müssen, die damit unter Einschluß der Demokraten immerhin die ansehnliche Stimmenzahl von 234 aufgebracht hätten, wenn es wirklich ernsthaft darauf angekommen wäre, die Regierung zu stürzen. Diese Zahlen beweisen, daß von einer großen parlamentarischen Mehrheit des Kabinetts Luther nicht gesprochen werden darf, und daß es entscheidende Augenblicke geben kann, in denen das Schicksal der Reichsregierung höchst ungewiß sein würde.

Diese Feststellungen erscheinen deshalb zweckmäßig, weil es keinen Sinn haben würde, sich über die wahre Situation hinwegtäuschen zu wollen. Im Gegenteil wird man nur den Anlaß haben können, auf der Hut zu sein, um sich vor parlamentarischen Ueberrassungen zu schützen. Die Tatsache, daß 14 Zentrumsabgeordnete sich der Abstimmung enthalten haben, während sogar Dr. Birtz und noch ein anderer Fraktionsgenosse von ihm gegen das Kabinett stimmten, beweist, wie gefährlich die oppositionelle Haltung des linken Zentrums für die Regierung Luther ist. Die deutsch-nationalen „Nationalpolit“ erklärt denn auch, daß die Parteien der Mitte, ob sie nun in der Regierung sitzen

Bei dieser Feststellung erhebt sich im ganzen Hause ein ungeheurer Tumult, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten droht es zu einem Handgemenge zu kommen. Die Worte des Präsidenten verhalten in dem ungeheuren Lärm. Als der Präsident die Tribüne verläßt, kündigt der kommunistische Abgeordnete Vied zur Präsidententribüne, reißt die Präsidentenloge an sich und übernimmt unter dem tosenden Beifall seiner Fraktionsgenossen und ungeheuren Tumult des Hauses den Vorsitz. Er bringt auf die Internationale ein Hoch aus, in welches die Kommunisten und einige Tribünenbesucher einstimmen. Vereinzelt Tribünenbesucher stimmen die Internationale an. Schluß 3 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Nächste Sitzung: Dienstag, 3. Februar.

Der Rücktritt der preussischen Regierung

wird von der deutsch-nationalen und der deutsch-volksparteilichen Presse auf das lebhafteste begrüßt. Auf die Frage, was nun geschehen solle, findet man in der genannten Presse allerdings keine Antwort. Der „Sozialanzeiger“ schreibt allerdings, daß die bisherigen Oppositionsparteien nunmehr die Aufgabe hätten, sich zu positiver Arbeit zusammenzuschließen. Wie sich das Blatt eines Zusammenschlusses der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Kommunisten denkt, verrät es jedoch nicht. Die „Nationalpolit“ erklärt, daß es beim Zentrum liege, ob bald eine neue von einer wirklichen Mehrheit getragene Regierung in Preußen gebildet werden könne. Über die Haltung des Zentrums weiß die „Germania“ zu sagen, daß nach dem Verhalten der Deutschen Volkspartei insbesondere nach ihrer letzten Entschließung in den letzten Wochen, man sich eine Zusammenarbeit mit ihr in Preußen nur sehr schwer vorstellen könne. Die Zentrumspartei werde auch in dieser schweren Stunde bei ihren gesamten Arbeiten staatspolitische Erwägungen in den Vordergrund stellen. Die Bildung einer bürgerlichen Koalition könne für das Zentrum nicht in Frage kommen, ganz abgesehen davon, daß auch die deutsch-demokratische Partei sie in Preußen noch viel weniger mitmachen würde als im Reich. Das „Berliner Tageblatt“ prophezeit, daß bei der Wahl des neuen Ministerpräsidenten durch den Landtag das Kabinett der drei bisherigen Regierungsparteien unter allen Umständen eine Mehrheit finden werde. Der „Vorwärts“ erachtet ebenfalls an Hand der Abgeordnetenziffern der einzelnen Parteien, daß die Wiederwahl Brauns wahrscheinlich sei und bezeichnet dies als den besten Ausweg aus der verworrenen Lage. Wird Brauns wiedergewählt, dann hat er das Vertrauen und braucht sich nicht um Mißtrauensanträge zu kümmern, die nicht die verfassungsmäßige Mehrheit erhalten.

oder nicht, in jedem Augenblick zu einem gefährlichen Planantritt gegen die Regierung übergehen könnten. Keineswegs ähnet sich das Zentrumblatt die „Germania“, die der Meinung ist, daß die Regierung sich der Tatsache bewußt sein müsse, wie außerordentlich begrenzt ihre parlamentarische Mehrheit sei. Wenn also für die nächste Zukunft eine neue Regierungskrise im Reich vermieden werden soll, wird es notwendig sein, die gefährdete parlamentarische Position der Regierung in Rücksicht zu ziehen und die Auflösung innenpolitischer Streitfragen nach Möglichkeit zu unterlassen, denn sonst könnte das linke Zentrum sich mit Demokraten und Sozialdemokraten verbünden und im geeigneten Augenblick zum entscheidenden Vorstoß übergehen. Die regierungstüchtigen Absichten der Linken könnten vor allen Dingen dann unterstützt werden, wenn die hinter der Regierung stehenden Parteien unter sich in Zwistigkeiten geraten würden, sobald der Gedanke einer bürgerlichen Regierungskoalition in schwerer Miskredit geraten müßte. Die Deutsche Volkspartei, die sich dieser Gefahr wohl bewußt ist, wird daher, wie in ihren führenden Kreisen verlautet, ihren ganzen Einfluß ausüben, um Konflikte zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen zu vermeiden. Solange die außenpolitischen Fragen noch nicht gelöst sind, hat das neue Kabinett keine ernstlichen Gefahren zu befürchten, aber sobald man an die Regelung wichtiger innenpolitischer Probleme herangeht, werden die eigentlichen Sorgen der Regierung von selbst kommen, und es wird sich dann zeigen müssen, ob die hinter der Regierung Luther stehenden Parteien den wirklichen Ernst der Situation erfaßt haben.

Neue Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich.

Berlin. Auf Grund der Erklärungen der Reichsregierung über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Länder hat, wie wir hören, die bayerische Regierung neue Verhandlungen mit der Reichsregierung eingeleitet die sich hauptsächlich auf die bekannte Denkschrift der bayerischen Regierung stützen. Irdenwelche offiziellen Verhandlungen haben bis jetzt noch nicht stattgefunden, aber man läßt an, daß im Laufe des kommenden Monats ein Zusammenkunft zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Feld und dem neuen Reichskanzler Dr. Luther stattfinden wird.